

Gute Vorsätze

Autor(en): **Hoffmann, Christian P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **97 (2017)**

Heft 1052

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-736616>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Elternzeit statt Vaterschaftsurlaub

Mit dem Nein des Bundesrats zur Volksinitiative, die 20 Tage Vaterschaftsurlaub fordert, wurde mein altes Lieblingsthema kürzlich wieder auf die Frontseiten gespült. So sehr ich es begrüße, wenn sich Väter familiär engagieren: auch für mich macht der geforderte Vaterschaftsurlaub wenig Sinn. Meine Argumente sind allerdings

andere als die des Bundesrats, der sich hauptsächlich auf die Kosten beruft. Aus meiner Sicht ist ein staatlich finanzierter väterlicher Urlaub erst dann sinnvoll, wenn er genauso lange dauert wie jener der Mütter. Das gebietet nicht nur das verfassungsmässige Gleichheitsgebot, es ist auch aus Sicht der Chancengleichheit der Geschlechter die einzige Lösung, die nicht ein traditionelles Rollenbild nach der Geburt eines Kindes fördert. Solange die Politik die Rolle der Haushaltsführung und Kindererziehung derart einseitig den Müttern zuweist, tragen nur junge Frauen das Risiko, am Arbeitsplatz auszufallen.

Das mag sich historisch begründet lange Zeit richtig angefühlt haben – doch heute ist das, gerade mit Blick auf die vielen gut ausgebildeten Mädchen, auch volkswirtschaftlicher Unsinn. Ihre berufliche Freiheit endet nicht selten mit der Geburt des ersten Kindes, weil im familienrechtlichen System der Schweiz die Schulen, Steuern und Sozialversicherungen darauf ausgerichtet sind, dass die Mutter zu Hause die Kinder betreut – und auf den Vätern die finanzielle Pflicht des Ernährers lastet. In einem Land, das der staatlichen Kinderbetreuung grundsätzlich kritisch gegenübersteht, finde ich es wichtig, dass auch die Väter ihren Teil zu Hause leisten können. Doch erst wenn der Staat Rahmenbedingungen schafft, die die individuellen Entscheidungen seiner Bürger nicht zugunsten eines traditionellen Familienbilds beeinflussen, gibt es echte Entscheidungsfreiheit. Erst wenn es gesellschaftlich als «normal» angesehen wird, dass auch Väter für ihre Kinder zuständig sein können, bleibt die Vereinbarkeit nicht mehr nur ein Frauenthema. Statt Vätern zu einer Papi-Zeit zu verhelfen, die sie dennoch in der Nebenrolle lässt, wünsche ich mir darum in der Schweiz den Mut, eine Elternzeit für beide zu lancieren.

Nadine Jürgensen

ist Juristin, freie Journalistin und Moderatorin. In ihrer Kolumne «Res publica» beschäftigt sie sich jeweils mit den Debatten des letzten Monats. Sie lebt bei Zürich.

FREIE SICHT

Gute Vorsätze

Das Jahr 2017 neigt sich dem Ende zu, und damit steht sie wieder an, die Saison der guten Vorsätze. Was soll im neuen Jahr anders und besser werden? Welche Fehler sollen uns nicht mehr unterlaufen? Die letzte US-Präsidentschaftswahl fand zwar nicht in der Adventszeit statt, doch auch sie war begleitet von vielen guten Vorsätzen: Erschrocken angesichts eines völlig unerwarteten Siegers gelobten zahlreiche Journalisten, aus ihrer «Blase» auszubrechen, den Kontakt zu Andersdenkenden zu suchen, parteiische Scheuklappen abzulegen. So weit die Vorsätze. Die Realität illustriert uns in diesen Tagen Donna Brazile: Die bisherige Parteichefin der US-Demokraten offenbarte in einem Buch, dass Hillary Clinton die erheblichen, durch Barack Obama hinterlassenen Finanzschulden ihrer Partei ablöste und im Gegenzug Mitspracherecht bei zentralen Fragen der Parteiführung erhielt. Heikel daran: dies geschah noch vor den Vorwahlen, also bevor Clinton ihren Konkurrenten Bernie Sanders ausstach.

Ein Skandal innerparteilicher Demokratie, dem die investigativ-kritischen Medien der Trump-Ära erbarmungslos auf den Grund gehen. Sollte man meinen. Pustekuchen: mit Eifer bemühten sich Journalisten von «New York Times» über «Washington Post» bis CNN, Brazile zu widerlegen und die Bedeutung des Vorgangs zu relativieren. Offengelegt wurde der Skandal in unabhängigen Online-Medien. Auch in Europa war der Clinton-Skandal den wenigsten Massenmedien eine Schlagzeile wert.

Man stelle sich vor, anstelle Clintons hätte Donald Trump während den Vorwahlen die Hörigkeit seiner Partei erkauft. Wie sähen wohl die medialen Reaktionen aus? Der Vorfall zeigt: gute Vorsätze sind das eine, das Überwinden bequemer Weltbilder das andere. Am Ende des Jahres 2017 sind die ideologischen Blasen nicht weniger intakt als im Vorjahr. Die Polarisierung des politischen Diskurses schreitet ungebremst voran. Was uns bleibt, ist die Hoffnung auf 2018: nehmen wir uns für nächstes Jahr vor, ideologische Scheuklappen mit noch mehr Kraft herauszufordern!

Christian P. Hoffmann

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich.